

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales (GGSA/IX-001/2011)

des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 08.06.2011, 15:05 Uhr bis 17:05 Uhr,

Kreistagssitzungssaal,

Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

- - -

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Wahl einer oder eines Vorsitzenden
2.	Wahl einer oder eines stv. Vorsitzenden
3.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
3.1.	Erweiterung des Angebotes der Betreuenden Grundschule an der Gundernhäuser Schule auf 15.00 Uhr; Änderung der Gebührensatzung für die "Betreuenden Grundschulen" an Schulen im Landkreis Darmstadt-Dieburg Vorlage: 0092-2011/DaDi
3.2.	Bildungs- und Teilhabepaket - Antrag der Fraktion Die Linke Vorlage: 0139-2011/DaDi
3.3.	Kürzungen beim Ausbildungsbudget des Landes Hessen - Antrag der Fraktion Die Linke Vorlage: 0140-2011/DaDi
4.	Kenntnisnahmen
4.1.	Bestellung einer neuen Betriebsleitung für den jugendpflegerischen und den kaufmännischen Bereich von KiBiS Vorlage: 3707-2010/DaDi
4.2.	Planzahlen 3. Programmphase Bundesprogramm Perspektive 50Plus Vorlage: 4141-2011/DaDi
4.3.	Personalstelle "Datenqualitätsmanagement/Qualitätsentwicklung" der hessischen Optionskommunen Vorlage: 4147-2011/DaDi

4.4.	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (Januar 2011) Vorlage: 4151-2011/DaDi
4.5.	Bericht zur sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg Vorlage: 4153-2011/DaDi
4.6.	Handlungsempfehlungen zur Umsetzung der Integrationsleitlinien im Landkreis Darmstadt-Dieburg Vorlage: 4173-2011/DaDi
4.7.	"Frühe Hilfen" im Landkreis Darmstadt-Dieburg Vorlage: 4188-2011/DaDi
4.8.	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (Februar 2011) Vorlage: 4194-2011/DaDi
4.9.	Statistische Auswertung Beschwerdemanagement Kreisagentur für Beschäftigung 2010 Vorlage: 4202-2011/DaDi
4.10.	Statistische Auswertung Widerspruchssachgebiet 2010 Vorlage: 4203-2011/DaDi
4.11.	Präventionsprojekt "HaLT - Hart am Limit" Vorlage: 4224-2011/DaDi
4.12.	Gemeindebezogene Übersicht zur Grundsicherung Arbeitssuchender für das Jahr 2010 Vorlage: 4251-2011/DaDi
4.13.	Bericht des Patientenfürsprechers 2010 - Kreisklinik Groß-Umstadt Vorlage: 4254-2011/DaDi
4.14.	Bericht des Patientenfürsprechers 2010 - Kreisklinik Jugenheim Vorlage: 4255-2011/DaDi
4.15.	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (März 2011) Vorlage: 4268-2011/DaDi
4.16.	Leitlinien für die institutionelle Kooperation bei der Vermutung von sexualisierter Gewalt an Mädchen und Jungen Vorlage: 0003-2011/DaDi
4.17.	Unterzeichnung aktualisierter Pflegestützpunktvertrag Vorlage: 0067-2011/DaDi
4.18.	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (April 2011) Vorlage: 0077-2011/DaDi
4.19.	Bericht des Hauptabteilungsleiters der Kreisagentur für Beschäftigung im Februar 2011 Vorlage: 4190-2011/DaDi
4.20.	Jahresbericht 2010 Vorlage: 4261-2011/DaDi
5.	Bericht des Eigenbetriebs "Kreiskliniken"
6.	Bericht der Abteilung für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten
7.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Frau Angelika Dahms	
Herr Wolfgang Duda-Staniczek	Vertreter für Abg. Krist, Aron
Herr Dr. Mathias Göbel	
Herr Alexander Ludwig	bis TOP 6 (17:00 Uhr)
Herr Dietmar Schöbel	
Frau Karin Spalt	bis TOP 4.14 (16:40 Uhr)
Fraktion der CDU	
Herr Thorsten Fricke	
Herr Frank Klock	bis TOP 6 (17:00 Uhr)
Herr Lutz Köhler	Vertreter für Abg. Keil, Marita bis TOP 5 (16:50 Uhr)
Frau Gabriele Pauker-Buß	
Herr Waldemar Stetter	
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Herr Christian Grunwald	
Frau Susanne Hoffmann-Maier	
Frau Renate Schäfer-Baab	
Fraktion der FDP	
Herr Dr. Albrecht Achilles	Vertreter für Abg. Slabon, Sigrid-Inge
Fraktion der FW-PP	
Herr Friedrich Herrmann	
Fraktion von Die Linke	
Herr Arno Grieger	Vertreter für Abg. Busch-Hübenbecker, Walter
Kreistagspräsidium	
Frau Barbara Roos	
Frau Dagmar Wucherpfennig	bis TOP 5 (16:55 Uhr)
Kreisausschuss	
Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	ab TOP 4.1 (16:10 Uhr) bis TOP 6 (17:00 Uhr)
Frau Erste Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	bis TOP 6 (17:00 Uhr)
Herr Kreisbeigeordneter Georg Theiß	
Frau Kreisbeigeordnete Jessika Tips	bis TOP 4.13 (16:40 Uhr)
beratende Mitglieder	
Frau Hülya Lehr	
Verwaltung	
Frau Monika Abendschein	
Frau Judith Epp	
Herr Roman Gebhardt	
Frau Sabine Hahn	
Herr Frank Horneff	
Herr Ralph Obszanski	
Frau Susanne Stockhardt	
Frau Ute von Massow	
Herr Otto Weber	
Gäste	

Anwesende
Herr Prof. Dr. Walter Hanesch

Abwesende
Fraktion der SPD
Herr Aron Krist
Fraktion der CDU
Frau Marita Keil
Fraktion der FDP
Frau Sigrid-Inge Slabon
Fraktion von Die Linke
Herr Walter Busch-Hübenbecker

Kreistagsvorsitzende Wucherpfennig weist darauf hin, dass sie den Ausschuss zu seiner konstituierenden Sitzung gemäß § 33 Abs. 2 Hess. Landkreisordnung in Verbindung mit § 62 Abs. 3 Hess. Gemeindeordnung eingeladen hat.

Sie stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist beschlussfähig.
3. **Kreistagsvorsitzende Wucherpfennig** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Weiterhin stellt sie Einvernehmen des Ausschusses fest, TOP 4.5 vor TOP 4.1 zu behandeln. Weitere Änderungswünsche dazu werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 30. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales wurden nicht erhoben.
5. Schriftführer ist Ralph Obszanski.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Wahl einer oder eines Vorsitzenden**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Kreistagsvorsitzende Wucherpfennig teilt mit, dass die SPD-Fraktion vorschlägt, **Abg. Dahms, Angelika** (SPD) zur Vorsitzenden zu wählen. Weitere Wahlvorschläge werden nicht unterbreitet. **Kreistagsvorsitzende Wucherpfennig** stellt Einvernehmen des Ausschusses darüber fest, dass die Wahl per Akklamation erfolgen kann.

Der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales wählt die Abg. Angelika Dahms (SPD) zum Ausschussvorsitzenden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung (Ja):

Ablehnung (Nein):

Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Wahl einer oder eines stv. Vorsitzenden**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Vorsitzende Dahms übernimmt die Sitzungsleitung und dankt dem Ausschuss für das ausgesprochene Vertrauen.

Abg. Hoffmann-Maier, Susanne (Bündnis90/Die Grünen) schlägt **Abg. Grunwald, Christian** (Bündnis90/Die Grünen) für die Wahl als stv. Vorsitzenden vor. Weitere Vorschläge werden nicht unterbreitet. **Vorsitzende Dahms** stellt Einvernehmen des Ausschusses darüber fest, dass die Wahl per Akklamation erfolgen kann.

Der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales wählt den Abg. Christian Grunwald (Bündnis90/Die Grünen) zum stv. Ausschussvorsitzenden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagsitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 3.1.

Vorlage-Nr.: 0092-2011/DaDi

Aktenzeichen: 221-002

Betreff: **Erweiterung des Angebotes der Betreuenden Grundschule an der Gundernhäuser Schule auf 15.00 Uhr; Änderung der Gebührensatzung für die "Betreuenden Grundschulen" an Schulen im Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Auf Nachfrage des **Abg. Klock** (CDU) teilt **Erste Kreisbeigeordnete Lück** mit, dass in der Gebührensatzung für die „Betreuenden Grundschulen“ an Schulen im Landkreis Darmstadt-Dieburg (<http://www.ladadi.de/landkreis-verwaltung/der-kreis/recht-des-kreises.html>) ersichtlich ist, in welchen Gemeinden ein entsprechendes Angebot besteht.

Beschluss:

- a) Der Erweiterung des Betreuungsangebotes an der Gundernhäuser Schule ab 01.08.2011 auf 15.00 Uhr wird zugestimmt.
- b) Die erforderlichen Mittel werden gemäß § 114g HGO auf dem Produkt 1.03.09.03 unter den Kontengruppen 6200000, 6400000, 6470000 und 6011000 überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen auf dem Produkt 1.03.09.03 unter der Kontengruppe 5110000.
- c) Die Gebührensatzung des Landkreises Darmstadt-Dieburg vom 12.03.2007 wird wie folgt geändert:

**Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die
„Betreuenden Grundschulen“
an Schulen im
Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Aufgrund der §§ 5, 16, 17, 30 und 53 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der Fassung vom 1. April 2005 (GVBl. I S. 183), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2010 (GVBl. I S. 119), der §§ 1 bis 5 a und 10 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben (Hess. KAG) vom 17. März 1970 (GVBl. I S. 225), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 2005 (GVBl. I S. 54) sowie der Bestimmungen des Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (HessVwVG) in der Fassung vom 12. Dezember 2008 (GVBl. I 2009 S. 2), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. November 2010 (GVBl. I S. 421) hat der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg in seiner Sitzung am folgende Änderungssatzung beschlossen.

Artikel 1

§ 2 Abs. 1 Ziffer 1.12. und Ziffer 1.13. erhalten folgende Fassung:

- | | |
|--|----------|
| 1.12. Gundernhäuser Schule, Roßdorf | |
| für die Betreuung von 7.00 Uhr bis 14.00 Uhr | 75,00 € |
| für die Betreuung von 7.00 Uhr bis 15.00 Uhr | 90,00 € |
| 1.13. Rehbergschule, Roßdorf | |
| für die Betreuung von 7.00 Uhr bis 14.00 Uhr | 75,00 € |
| für die Betreuung von 7.00 Uhr bis 16.30 Uhr | 110,00 € |

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am 01.08.2011 in Kraft.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.03.09.03
Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2011	2012	2013
Sachkonto: 6200000	581,56 EUR	1.271,55 EUR	1.271,55 EUR
Sachkonto: 6400000	115,59 EUR	252,72 EUR	252,72 EUR
Sachkonto: 6470000	53,99 EUR	118,04 EUR	118,04 EUR
Sachkonto: 6011000	106,25 EUR	255,00 EUR	255,00 EUR
Erträge	2011	2012	2013
Sachkonto: 5110000	5.850,00 EUR	14.040,00 EUR	14.040,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.2.

Vorlage-Nr.: 0139-2011/DaDi

Aktenzeichen: 412-034

Betreff: **Bildungs- und Teilhabepaket - Antrag der Fraktion Die Linke**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Auf Nachfrage des **Abg. Fricke** (CDU) gibt **Erste Kreisbeigeordnete Lück** den Antrag auf Leistungen für Bildung und Teilhabe zur Kenntnis (Anlage 1 der Niederschrift).

Erste Kreisbeigeordnete Lück erläutert den aktuellen Sachstand.

Abg. Ludwig (SPD) beantragt, auf eine Beschlussempfehlung zu verzichten.

Vorsitzende Dahms stellt darauf hin das Einvernehmen des Ausschusses fest, auf eine Beschlussempfehlung zu verzichten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt- Dieburg möge beschließen:

Die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Darmstadt- Dieburg, deren Kinder einen Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket haben, werden umgehend mit einem Anschreiben über ihre Rechtsansprüche informiert.

Die notwendigen Antragsformulare werden dem Anschreiben beigelegt.

Sollten auf Kreisebene bereits konkrete Schritte zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets getroffen worden sein, so sind diese in besagtem Anschreiben zu berücksichtigen.

Beschluss zu TOP 3.3.

Vorlage-Nr.: 0140-2011/DaDi

Aktenzeichen: 419-017

Betreff: **Kürzungen beim Ausbildungsbudget des Landes Hessen - Antrag der Fraktion Die Linke**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Erste Kreisbeigeordnete Lück erläutert den aktuellen Sachstand und sagt auf Nachfrage von **Abg. Hoffmann-Maier** (Bündnis90/Die Grünen) in diesem Kontext zu, einen Grundsatzbeschluss des Hessischen Landkreistages vorzulegen.

Abg. Dr. Göbel (SPD) beantragt, den Antrag für erledigt zu erklären.

Abg. Grieger (Die Linke) bittet, auf eine Beschlussempfehlung zu verzichten.

Vorsitzende Dahms stellt das Einvernehmen des Ausschusses fest, auf eine Beschlussempfehlung zu verzichten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag fordert die Hessische Landesregierung auf, die Kürzungen beim Ausbildungsbudget zurück zunehmen.

1. Der Kreistag stellt fest, dass kein junger Mensch ohne Ausbildung und damit ohne Chance auf dem Arbeitsmarkt bleiben darf. Vielmehr ist es Aufgabe der Gesellschaft und des Staates, sicher zu stellen, dass jeder junge Mensch eine Ausbildung erhält.
2. Der Kreistag stellt fest, dass insbesondere Jugendliche, die Unter sozial benachteiligten Bedingungen aufwachsen, es angesichts der sozialen Selektivität unseres Bildungssystems besonderes schwer haben, einen für sie geeigneten Ausbildungsplatz zu finden. Sie sind daher auf unsere Unterstützung angewiesen, die im Rahmen des Ausbildungsbudgets erfolgt.
3. Der Kreistag stellt fest, dass der zunehmende Fachkräftemangel eher stärkeres Engagement des Landes Hessen bei der Qualifizierung von jungen Menschen erfordert.
4. Der Kreistag stellt darüber hinaus fest, dass eine Kürzung bei den Ausbildungsbudgets gegenüber den Kommunen ein erneuter Wortbruch wäre, nachdem bereits bei den Mindestvoraussetzungen für die Kindertagesstätten und der Schulsozialarbeit Zusagen des damaligen Sozialministers nicht eingehalten wurden. Dies bedeutet für den Landkreis Darmstadt- Dieburg ab 2012 verteilt auf Vier Jahre eine weitere Kürzung um 249.000 €
5. Der Kreistag fordert die Hessische Landesregierung auf, die Ausbildungsbudgets in der im Dezember 2010 angekündigten Höhe zur Verfügung zu stellen.

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 4.1.

Vorlage-Nr.: 3707-2010/DaDi

Aktenzeichen: 423-004

Betreff: **Bestellung einer neuen Betriebsleitung für den jugendpflegerischen und den kaufmännischen Bereich von KiBiS**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss beschließt:

- 1) Der Leiter des Kreisjugendheimes Ernsthofen, Herr Udo Willems, wird mit Wirkung vom 1.4.2011 zum Betriebsleiter des Eigenbetriebes Jugendheime „KiBiS“ für den jugendpflegerischen Bereich bestellt.
- 2) Der Leiter der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen in der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg, Herr Michael Hutterer, wird mit Wirkung vom 1.4.2011 zum Betriebsleiter des Eigenbetriebes Jugendheime „KiBiS“ für den kaufmännischen Bereich bestellt.

Beschluss zu TOP 4.2.

Vorlage-Nr.: 4141-2011/DaDi

Aktenzeichen: 412-023

Betreff: **Planzahlen 3. Programmphase Bundesprogramm Perspektive 50Plus**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erste Kreisbeigeordnete Lück berichtet dem Kreisausschuss, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) mit Zuwendungsbescheid vom 09.12.2010 - Zustellung über den Paktpartner Offenbach am 17.12.2010 - die 3. Programmphase des Bundesprogramms Perspektive 50Plus für den Zeitraum vom 01.01.2011 bis 31.12.2015 bewilligt hat.

Auf der Basis der dem Antrag auf Genehmigung zugrunde liegenden Planzahlen kann die Kreisagentur für Beschäftigung Darmstadt-Dieburg mit nachfolgend jährlich bezifferten Einnahmen rechnen.

Jahr 2011: 1.865.000 EUR
Jahr 2012: 2.145.000 EUR
Jahr 2013: 2.320.000 EUR
Jahr 2014: 2.415.000 EUR
Jahr 2015: 2.485.000 EUR

Beschluss zu TOP 4.3.

Vorlage-Nr.: 4147-2011/DaDi

Aktenzeichen: 412-035

Betreff: **Personalstelle "Datenqualitätsmanagement/Qualitätsentwicklung" der hessischen Optionskommunen**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erste Kreisbeigeordnete Lück gibt die Verpflichtungserklärung vom 20.01.2011 gegenüber dem Hessischen Landkreistag zur Kenntnis.

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg finanziert zusammen mit den anderen hessischen Optionskommunen eine Personalstelle Datenqualitätsmanagement/Qualitätsentwicklung. Diese Stelle wird, wie die schon existierende Koordinierungsstelle, ebenfalls beim Hessischen Landkreistag angesiedelt.

Beschluss zu TOP 4.4.

Vorlage-Nr.: 4151-2011/DaDi

Aktenzeichen: 412-022

Betreff: **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (Januar 2011)**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss zu TOP 4.5.

Vorlage-Nr.: 4153-2011/DaDi

Aktenzeichen: 419-016

Betreff: **Bericht zur sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Prof. Dr. Hanesch stellt den Bericht zur sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg vor.

Fragen werden beantwortet.

Erste Kreisbeigeordnete Lück

übergibt die durch Herrn Prof. Dr. Hanesch gefertigte Zusammenfassung zentraler Berichtsergebnisse und weiterführender Überlegungen zum Bericht zur sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Die Verwaltung des Jugendamtes wird gemeinsam mit Herrn Prof. Dr. Hanesch ein Handlungsprogramm gegen Armut entwickeln. Hierbei wird entsprechend der im Bericht (Ziff. V) ausgesprochenen Empfehlungen verfahren.

In thematischen Workshops werden insbesondere die Bereiche „Armut und Bildung, Armut und Gesundheit, sowie Kinderarmut“ aufbereitet.

Es sind ferner zwei regionale Workshops mit in starker Weise betroffenen und zur Kooperation mit dem Landkreis bereiten kreisangehörigen Städten oder Gemeinden durchzuführen.

Über die Ergebnisse wird dem Kreisausschuss und dem Kreistag zu gegebener Zeit berichtet.

Beschluss zu TOP 4.6.

Vorlage-Nr.: 4173-2011/DaDi

Aktenzeichen: 450-001

Betreff: **Handlungsempfehlungen zur Umsetzung der Integrationsleitlinien im Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Frau Hahn stellt die Handlungsempfehlungen zur Umsetzung der Integrationsleitlinien im Landkreis Darmstadt-Dieburg vor.

Erste Kreisbeigeordnete Lück legt dem Kreisausschuss die „Handlungsempfehlungen zur Umsetzung der Integrationsleitlinien im Landkreis Darmstadt- Dieburg“ zur Kenntnis vor.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreisausschuss beschließt die Prioritätensetzung der Empfehlungen und Aufgaben in der vorliegenden Tabelle „Empfehlungen der Netzwerkarbeitsgruppen und deren Priorisierung durch den Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg“.
Das Interkulturelle Büro wird initiativ bzw. koordiniert und stößt die einzelnen Projekte an, soweit diese noch nicht durch die Abteilungen des Kreises, durch Kommunen oder Träger auf dem Weg der Umsetzung sind.
2. Der Kreisausschuss wird über den Stand der Umsetzung unterrichtet.

Beschluss zu TOP 4.7.

Vorlage-Nr.: 4188-2011/DaDi

Aktenzeichen: 429-009

Betreff: **"Frühe Hilfen" im Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erste Kreisbeigeordnete Lück

teilt mit Bezug auf den Beschluss des Kreisausschusses zur Vorlage einer Konzeption zum Aufbau weiterer präventiver Förder- und Unterstützungsangebote für junge Familien in Risikosituationen (Vorlage Nr. 3718-2010/DaDi) mit, dass durch die Verwaltung des Jugendamtes zwischenzeitlich Konzeptentwürfe sowohl zum Aufbau eines Leistungsangebotes „Familienhebammen“ als auch des Anstoßes einer Entwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren erstellt wurden.

Diese Entwürfe würden nunmehr den gebildeten Netzwerken „Schwangerschaft, Geburt und 1. Lebensjahr (= Familienhebammen) und „Kinder in Betreuung“ (= Entwicklung von Kindertagesstätten zu Zentren für Familien) zugeleitet werden. Es ist gelungen in die Arbeit dieser bereits seit einiger Zeit bestehenden Netzwerke Kinderärzte, Hebammen, freie Träger der Jugendhilfe, Frühförderung, Beratungsstellen u. a. aktiv einzubinden. Es sei aus ihrer Sicht sinnvoll die Fachlichkeit dieser Gremien zu nutzen und sich dort entwickelnde Ideen und fachliche Anstöße ggf. in die Konzeptentwürfe zu integrieren.

Nach Abschluss der Beratungen würden diese, dann von breiter Fachlichkeit getragenen, Entwürfe den Kreisgremien zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung zugeleitet werden.

Frau Lück weist weiter darauf hin, dass der ihr mittlerweile vorliegende Referentenentwurf eines Bundeskinderschutzgesetzes bundesweit die Einführung eines Leistungsangebotes „Familienhebammen“ als Pflichtleistung der Jugendhilfe vorsieht. Es sei auch die Förderung des Ausbaus solcher Angebote vorgesehen. Ebenfalls vorgesehen ist der Aufbau von Netzwerken im Bereich „Frühe Hilfen“.

Sie habe Frau Bundesministerin Schröder angeschrieben und mit Blick auf die Ausbauplanungen des Landkreises bzgl. „Familienhebammen“ darum gebeten mitzuteilen, mit welchen Vorgaben des Bundes für die Weitergabe der Fördermittel zu rechnen ist. Angesichts der gegebenen Finanzsituation des Kreises sei es sinnvoll dies abzuklären, um sicherzustellen, dass eigene Ausbauplanungen des Kreises förderungsunschädlich sind.

Beschluss zu TOP 4.8.

Vorlage-Nr.: 4194-2011/DaDi

Aktenzeichen: 412-022

Betreff: **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (Februar 2011)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas berichtet, dass die Arbeitslosenquote für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Monat Februar 5,3 % beträgt. Im Februar 2011 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 8.057 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 185 Personen weniger als im Monat Januar 2011.

Folgende Übersicht stellt die Entwicklungen der vergangenen vier Monate dar:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	November 2010	Dezember 2010	Januar 2011	Februar 2011
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	5.146 3,39 %	5.177 3,41 %	5.244 3,46 %	5.236 3,46 %
Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	2.605 1,72 %	2.574 1,70 %	2.998 1,98 %	2.821 1,86 %
Arbeitslose - insgesamt -	7.751	7.751	8.242	8.057
Arbeitslosenquote in %	5,11 %	5,11 %	5,44 %	5,32 %

In der Jahresbetrachtung ist die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat (Februar 2010) um insgesamt 916 Personen gesunken (die Arbeitslosenquote lag bei 5,9 %). Im Februar 2010 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 8.973 Personen arbeitslos gemeldet (5.443 Personen bzw. 3,6 % im Rechtskreis SGB II und 3.530 Personen bzw. 2,3 % im Rechtskreis SGB III).

Dazu waren im Monat Februar 2011 bei der Agentur für Arbeit Darmstadt 1.052 freie Stellen aus Unternehmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet. Das sind 200 freie Stellen mehr, als im Vorjahresmonat Februar 2010.

Prozentuale Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt:

	November 10	Dezember 10	Januar 11	Februar 11
Landkreis Darmstadt-Dieburg	5,1	5,1	5,4	5,3
Kreis Bergstraße	4,9	4,9	5,3	5,3
Stadt Darmstadt	6,0	6,0	6,6	6,5
Kreis Groß-Gerau	5,5	5,5	6,0	5,8
Odenwaldkreis	5,4	5,5	6,0	5,8

Die durchschnittliche AL-Quote im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt beträgt im Monat Februar 5,6 %. Das sind 3.476 Personen weniger als im Vormonat Januar 2011.

Beschluss zu TOP 4.9.

Vorlage-Nr.: 4202-2011/DaDi

Aktenzeichen: 412-005

Betreff: **Statistische Auswertung Beschwerdemanagement Kreisagentur für Beschäftigung 2010**Beschluss: **Kenntnis genommen****Erste Kreisbeigeordnete Lück**

gibt die statistische Auswertung des Beschwerdemanagements der Kreisagentur für Beschäftigung aus dem Jahr 2010 zur Kenntnis.

Beschwerdegründe**Häufigkeit der Beschwerdeführung
(z. T. mehrere Gründe pro Beschwerdeeingang möglich)**

	2010
Leistungssachbearbeitung	15
Kundenfreundlichkeit/Arbeitsweise	10
Bearbeitungszeit	32
Eingliederungsleistungen	6
KDU, Mietnebenkosten	6
Telefonische Erreichbarkeit	3
Existenzgründung	0
Umzugs- Renovierungskosten	0
Vermittlung	0
Eingliederungsvereinbarung	0
Ermittlungsdienst	0
Beschwerdegründe insgesamt in 2010	72
Beschwerdeeingänge insgesamt in 2010	37
Beschwerdeeingänge insgesamt in 2009	31
Durchschnittliche Bearbeitungsdauer einer Beschwerde in Wochentagen	8,3

Beschluss zu TOP 4.10.

Vorlage-Nr.: 4203-2011/DaDi

Aktenzeichen: 412-005

Betreff: **Statistische Auswertung Widerspruchssachgebiet 2010**Beschluss: **Kenntnis genommen****Erste Kreisbeigeordnete Lück**

gibt die statistische Auswertung des Widerspruchssachgebietes der Kreisagentur für Beschäftigung aus 2010 zur Kenntnis.

Das Sachgebiet Widerspruch und Klage (WSG) hat seit Juli 2010 die Klagen in erster Instanz in eigener Zuständigkeit übernommen. Die Klagen aus 2010 wurden im Oktober 2010 gesamthaft vom Rechtsamt des Landkreis Darmstadt-Dieburg in die Zuständigkeit des WSG überführt.

Zahl der eingegangenen Widersprüche: **1.165**
 davon bei mH: 1.073 (92%)
 davon bei aH: 92 (8%)

Auswertung: Widerspruch eingelegt von:
 Kunde: 746 (ca. 2/3)
 Bevollmächtigter: 417 (ca. 1/3)
 Arbeitgeber: 1
 ARGE: 1

angegebene Gründe im (ersten) Widerspruchsschreiben (Mehrfachnennungen möglich)

Anrechnung Einkommen/Freibeträge	249
• davon Bereich Selbstständige	14
Ablehnung/Einstellung der Leistungen	226
• davon fehlende Mitwirkung / §§ 60/66 SGB I	81
• davon wg. einzusetzendem Vermögen	21
• davon wg. übersteigendem Einkommen	21
• davon wg. fehl. Zuständigkeit oder Aufenthaltsgenehmigung, ungenehm. OAW	18
• davon wg. Ausschluss Studium/Ausbildung	15
• davon wg. fehl. Erwerbsfähigkeit	11
Kosten der Unterkunft¹	187
Rückforderungen	135
ohne Begründung	114
Berechnung allgemein/Regelsatzhöhe²	98
Sanktionen³	70
Heizkosten	49
Eingliederungsleistungen/-maßnahmen	34
einmalige Beihilfen	33
Sozialversicherungs-Angelegenheiten	29
• davon wg. Zuschuss zur privaten Krankenversicherung	12
eheähnliche Gemeinschaft/Bedarfsgemeinschaft strittig	23
Übernahme Darlehen Schulden Strom/Miete, unabweisbarer Bedarf	19
Kautions	15
Umzugs- und Renovierungskosten	14
Mehrbedarfe	13
Sonderbedarf / Härtefall	13
Sonstige Gründe	66

Auswertung der Widersprüche nach „erledigt durch“

Widerspruchsbescheid:	494 (42 %)
Abhilfebescheid:	318 (27 %)
Rücknahme:	86 (7 %)
Nachholung Mitwirkungspflichten im Widerspruchsverfahren:	54 (5 %)
Erledigung:	44 (4 %)
derzeit ruhend gestellt:	6 (1%)
noch offen:	163 (14 %)

Gerichtsverfahren (Klage- und einstweilige Rechtsschutz-Verfahren):Neueingänge 2010:

insgesamt: 236 (alle Instanzen)

¹ inklusive Widersprüche wegen Zuschuss zu den Kosten der Unterkunft nach § 22 Abs. 7 SGB II

² inklusive Warmwasserproblematik und Ablehnung Stromkosten, soweit den pauschal im Regelsatz/Sozialgeld enthaltenen Anteil übersteigend

³ inklusive der gesetzlich festgelegten Sanktionen wegen Sperrzeit beim Alg I; auch Widersprüche gegen umsetzende Bescheide der materiellen Hilfe erfasst.

in erster Instanz:	226
davon Hauptsacheverfahren:	158
davon ER-Verfahren:	68
in zweiter Instanz:	10
davon Hauptsacheverfahren:	8
davon ER-Verfahren:	2

abgeschlossene Gerichtsverfahren in 2010:

insgesamt:	132 (alle Instanzen)
Verfahren in erster Instanz:	129
davon Hauptsacheverfahren:	87
	<u>Ergebnis:</u>
	Klagerücknahme 43 (49%)
	Vergleich 15 (17%)
	Klageabweisung 8 (9%)
	Erledigung 6 (7%)
	Anerkenntnis 5 (6%)
	Abhilfe 3 (3%)
	Klagestattgabe 3 (3%)
	Teilanerkennnis 2 (3%)
	Teilstattgabe 2 (3%)
davon ER-Verfahren:	42
	<u>Ergebnis:</u>
	Antragsrücknahme 11 (26%)
	Antragsablehnung 10 (24%)
	Abhilfe 8 (19%)
	Erledigung 7 (17%)
	Anerkenntnis 3 (8%)
	Stattgabe 1 (2%)
	Teilabhilfe 1 (2%)
	Teilstattgabe 1 (2%)
Verfahren in zweiter Instanz:	3
davon Hauptsacheverfahren:	3
	<u>Ergebnis:</u>
	Abweisung 3 (100%)
davon ER-Verfahren:	0

Beschluss zu TOP 4.11.

Vorlage-Nr.: 4224-2011/DaDi

Aktenzeichen: 419-017

Betreff: **Präventionsprojekt "HaLT - Hart am Limit"**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erste Kreisbeigeordnete Lück

teilt mit, dass Hauptabteilungsleiter Weber und der Leiter der Jugendgerichtshilfe des Landkreises, Herr Schreiner, an einer Präsentation des o. g. Projektes am 25.11.2010 im Hessischen Sozialministerium teilnahmen.

Im Ergebnis können Städte und Landkreise, unabhängig von ihrer Größe und gegebenen sozialräumlichen Komponenten, drei Jahre lang jährlich 7.500,-- € aus diesem Projekt erhalten.

Sie übergibt Kopien des Entwurfs der Rahmenvereinbarung zur Umsetzung und finanziellen Förderung des Projekts HaLT sowie die Anlagen 1 und 3 zu dieser Rahmenvereinbarung.

Aus diesen Unterlagen sei zu entnehmen, dass Voraussetzung für die Aufnahme in das Programm ist, dass der Landkreis ein differenziertes Programm zur Durchführung proaktiver Maßnahmen, versehen mit entsprechenden Beschlüssen des Kreistages, vorlegen muss. Es sei der Einsatz von Eigenmitteln und die Bereitstellung entsprechender personeller Ressourcen erforderlich.

Ziffer 6 der Anlage 3 benennt des Weiteren, dass alle durchzuführenden Maßnahmen im proaktiven Bereich auf die beschlossene HaLT-Strategie zurückzuführen sein müssen.

Durch die Fachkräfte des Jugendamtes wurde vorgetragen, dass der durch den Landkreis zu betreibende Aufwand und die Verpflichtungen, die einzugehen sind, in keinem Verhältnis stehen zu den erwarteten 7.500,-- €. Der Landkreis habe sich auch bereits in der Vergangenheit intensiv darum bemüht, dem Alkoholmissbrauch junger Menschen entgegen zu wirken und aufzuklären. Frau Lück verweist auf das aktuelle Programm 2011-2012 der Kinder- und Jugendförderung, sowie die gemeinsam mit der Polizei entwickelte Initiative zum Jugendschutz „Ich feier’ mit!“.

Aus den vorgenannten Gründen habe sie davon abgesehen, eine Vorlage für den Kreisausschuss zu erstellen, die den Beitritt des Landkreises Darmstadt-Dieburg zum Projekt „HaLT“ vorsieht.

Vor- und Nachteile dieses Projektes waren auch Gegenstand einer intensiven Erörterung mit den Spitzen der Ortsliga der freien Wohlfahrtspflege am 10.03.2011. Die Argumentation aus der Verwaltung des Jugendamtes wurde von den Leitungskräften der Verbände nachvollzogen. Einvernehmen bestand auch, dass das Problem sich ins Koma trinkender Jugendlicher in der hiesigen Region nicht so manifest ist wie in Mittel- und Nordhessen.

Als für die Verbände interessant wurde die Tatsache bezeichnet, dass deren Beratungsstellen Leistungen im Sinne von § 3 (Reaktiver Baustein) der Rahmenvereinbarung erbringen und dann auch mit den Krankenkassen abrechnen können. Dieser Baustein ist allerdings isoliert nicht „einzukaufen“. Letztendlich könne aber auch keine Familie dazu gezwungen werden, intensive Beratungsleistungen im Sinne des HaLT-Projektes tatsächlich zuzulassen.

Sie habe zugesagt, mit den im Landkreis Darmstadt-Dieburg gelegenen Kliniken Kontakt aufzunehmen, um ein qualifiziertes Vorgehen, also zumindest die Leistung eines intensiven Gespräches durch Ärzte den Sozialen Dienst oder Fachkräfte der Kliniken, sicherzustellen.

Beschluss zu TOP 4.12.

Vorlage-Nr.: 4251-2011/DaDi

Aktenzeichen: 412-013

Betreff: **Gemeindebezogene Übersicht zur Grundsicherung Arbeitssuchender für das Jahr 2010**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erste Kreisbeigeordnete Lück gibt die Übersicht zur Grundsicherung Arbeitssuchender für das Jahr 2010 **der einzelnen Kommunen** dem Kreisausschuss zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 4.13.

Vorlage-Nr.: 4254-2011/DaDi

Aktenzeichen: 510-003

Betreff: **Bericht des Patientenfürsprechers 2010 - Kreisklinik Groß-Umstadt**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Auf Nachfrage des **Abg. Ludwig** (SPD) sagt **Landrat Schellhaas** einen Bericht zu, indem dargestellt wird, nach welchen Kriterien die Patienten befragt werden.

Auf Anregung des **Abg. Fricke** (CDU) sagt **Landrat Schellhaas** zu, das Thema „öffentliche Darstellung der Patientenfürsprecher“ in der Betriebskommission „Kreiskliniken“ zu thematisieren.

zur Kenntnisnahme:

Landrat Schellhaas gibt den Bericht des Patientenfürsprechers der Kreisklinik Groß-Umstadt für das Jahr 2010 zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 4.14.

Vorlage-Nr.: 4255-2011/DaDi

Aktenzeichen: 510-003

Betreff: **Bericht des Patientenfürsprechers 2010 - Kreisklinik Jugenheim**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

zur Kenntnisnahme:

Landrat Schellhaas gibt den Bericht des Patientenfürsprechers der Kreisklinik Jugenheim für das Jahr 2010 zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 4.15.

Vorlage-Nr.: 4268-2011/DaDi

Aktenzeichen: 412-022

Betreff: **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (März 2011)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas berichtet, dass die Arbeitslosenquote für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Monat März 5,1 % beträgt. Im März 2011 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.762 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 295 Personen weniger als im Monat Februar 2011.

Folgende Übersicht stellt die Entwicklungen der vergangenen vier Monate dar:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	Dezember 2010	Januar 2011	Februar 2011	März 2011
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	5.177 3,41 %	5.244 3,46 %	5.236 3,46 %	5.134 3,38 %
Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	2.574 1,70 %	2.998 1,98 %	2.821 1,86 %	2.628 1,73 %
Arbeitslose - insgesamt -	7.751	8.242	8.057	7.762
Arbeitslosenquote in %	5,11 %	5,44 %	5,32 %	5,12 %

In der Jahresbetrachtung ist die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat (März 2010) um insgesamt 1.097 Personen gesunken (die Arbeitslosenquote lag bei 5,8 %). Im März 2010 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 8.859 Personen arbeitslos gemeldet (5.470 Personen bzw. 3,6 % im Rechtskreis SGB II und 3.389 Personen bzw. 2,2 % im Rechtskreis SGB III).

Dazu waren im Monat März 2011 bei der Agentur für Arbeit Darmstadt 1.006 freie Stellen aus Unternehmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet. Das sind 127 freie Stellen mehr, als im Vorjahresmonat März 2010.

Prozentuale Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt:

	Dezember 10	Januar 11	Februar 11	März 11
Landkreis Darmstadt-Dieburg	5,1	5,4	5,3	5,1
Kreis Bergstraße	4,9	5,3	5,3	5,1
Stadt Darmstadt	6,0	6,6	6,5	6,4
Kreis Groß-Gerau	5,5	6,0	5,8	5,6
Odenwaldkreis	5,5	6,0	5,8	5,6

Die durchschnittliche AL-Quote im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt beträgt im Monat März 5,5 %. Das sind 810 Personen weniger als im Vormonat Februar 2011.

Beschluss zu TOP 4.16.

Vorlage-Nr.: 0003-2011/DaDi

Aktenzeichen: 429-010

Betreff: **Leitlinien für die institutionelle Kooperation bei der Vermutung von sexualisierter Gewalt an Mädchen und Jungen**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Auf Vorschlag des **Abg. Dr. Göbel** (SPD) sagt **Vorsitzende Dahms** einen Zwischenbericht im Ausschuss zu.

Frau Erste Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück

Übergibt den Mitgliedern des Kreisausschusses und des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales die „Leitlinien für die institutionelle Kooperation bei der Vermutung von sexualisierter Gewalt an Mädchen und Jungen“.

In einem gemeinsamen Prozess der Konzeptentwicklung haben sich der Städtische Sozialdienst des Jugendamtes der Wissenschaftsstadt Darmstadt und die Abteilung Jugendhilfe des Landkreises Darmstadt- Dieburg mit den Fachberatungsstellen Wildwasser Darmstadt e.V. und Deutscher Kinderschutzbund Bezirksverband Darmstadt e.V. auf ein verlässliches Verfahren gegenseitiger Unterstützung bei der Bearbeitung von Fällen (vermuteter) sexueller Gewalt gegen junge Menschen verständigt.

Der Kooperationsleitfaden dient dem Ziel, in diesem fachlich anspruchsvollen Arbeitsfeld, die Fachkompetenz des jeweils zuständigen Jugendamtes und der angesprochenen Beratungsstelle zu bündeln und für konsequentes, aber auch angemessenes, Handeln zum Nutzen der betroffenen Kinder und Jugendlichen sowie der sie stützenden Bezugspersonen einzusetzen. Besonderes Augenmerk wurde darauf gerichtet, dass die unterschiedlichen Rollen und rechtlichen Verantwortlichkeiten der Kooperationspartner Beachtung finden und sich positiv ergänzen.

Die Leitlinie bietet den Praktikerinnen und Praktikern in den Jugendämtern und den Beratungsstellen eine umfassende Arbeitshilfe von hohem Alltagsnutzen, die vor dem Hintergrund gesammelter Praxiserfahrungen kontinuierlich weiter entwickelt werden soll.

Kosten sind mit dieser Leitlinie nicht verbunden.

Beschluss zu TOP 4.17.

Vorlage-Nr.: 0067-2011/DaDi

Aktenzeichen: 415-007

Betreff: **Unterzeichnung aktualisierter Pflegestützpunktvertrag**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschlussvorschlag:**

Der Unterzeichnung der als Anlage beigefügten aktualisierten Fassung des Vertrages zur Einrichtung des Pflegestützpunktes (Stützpunktvertrag) wird zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 3.904,00 Euro (laufende Betriebskosten 2011) werden gem. § 114g HGO auf dem Produkt 1.05.04.04 unter der Kontengruppe 60 außerplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen auf dem Produkt 1.05.01.07.02 unter der Kontengruppe 60.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.05.04.04

Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2011	2012	2013
Sachkonto: 6063000	3.904,00 EUR	5.856,00 EUR	5.856,00 EUR
Erträge	2011	2012	2013
Sachkonto: 6063000	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 4.18.

Vorlage-Nr.: 0077-2011/DaDi

Aktenzeichen: 412-022

Betreff: **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (April 2011)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas berichtet, dass die Arbeitslosenquote für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Monat April 5,1 % beträgt. Im April 2011 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.766 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 4 Personen mehr als im Monat März 2011.

Folgende Übersicht stellt die Entwicklungen der vergangenen vier Monate dar:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	Januar 2011	Februar 2011	März 2011	April 2011
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	5.244 3,46 %	5.236 3,46 %	5.134 3,38 %	5.261 3,47 %
Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	2.998 1,98 %	2.821 1,86 %	2.628 1,73 %	2.505 1,65 %
Arbeitslose - insgesamt -	8.242	8.057	7.762	7.766
Arbeitslosenquote in %	5,44 %	5,32 %	5,12 %	5,12 %

In der Jahresbetrachtung ist die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat (April 2010) um insgesamt 809 Personen gesunken (die Arbeitslosenquote lag bei 5,6 %). Im April 2010 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 8.575 Personen arbeitslos gemeldet (5.427 Personen bzw. 3,6 % im Rechtskreis SGB II und 3.148 Personen bzw. 2,1 % im Rechtskreis SGB III).

Dazu waren im Monat April 2011 bei der Agentur für Arbeit Darmstadt 983 freie Stellen aus Unternehmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet. Das sind 249 freie Stellen mehr, als im Vorjahresmonat April 2010.

Prozentuale Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt:

	Januar 11	Februar 11	März 11	April 11
Landkreis Darmstadt-Dieburg	5,4	5,3	5,1	5,1
Kreis Bergstraße	5,3	5,3	5,1	4,9
Stadt Darmstadt	6,6	6,5	6,4	6,2
Kreis Groß-Gerau	6,0	5,8	5,6	5,5
Odenwaldkreis	6,0	5,8	5,6	6,5

Die durchschnittliche AL-Quote im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt beträgt im Monat April 5,5 %. Das sind 60 Personen weniger als im Vormonat März 2011.

Beschluss zu TOP 4.19.

Vorlage-Nr.: 4190-2011/DaDi

Aktenzeichen: 412-005

Betreff: **Bericht des Hauptabteilungsleiters der Kreisagentur für Beschäftigung im Februar 2011**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erste Kreisbeigeordnete Lück gibt den von dem Hauptabteilungsleiter der Kreisagentur für Beschäftigung in der Sitzung der Kommission der Kreisagentur für Beschäftigung am 24.02.2011 vorgetragenen Bericht zur Kenntnis.

Eine Kopie des Berichts wird auch den Geschäftsstellen der Kreistagsfraktionen zugeleitet.

Beschluss zu TOP 4.20.

Vorlage-Nr.: 4261-2011/DaDi

Aktenzeichen: 019-009

Betreff: **Jahresbericht 2010**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Klaus Peter Schellhaas gibt den Mitgliedern den Jahresbericht 2010 der Abteilung für Chancengleichheit zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Eigenbetriebs "Kreiskliniken"**

Beschluss:

Landrat Schellhaas teilt mit, dass gegenüber dem Vorjahr eine Fallzahlsteigerung von ca. 20 % zu verzeichnen ist.

Weiterhin berichtet **Landrat Schellhaas**, dass Dr. Martin Chefarzt für die Frauenklinik in Groß-Umstadt wird und dass Frau Susanna Hellmeister als Oberärztin für das Fachgebiet Pränataldiagnostik eingestellt wurde.

Landrat Schellhaas gibt bekannt, dass die mit dem St. Rochus - Krankenhaus betriebene Krankenpflegeschule seit bereits 10 Jahren besteht.

Beschluss zu TOP 6.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht der Abteilung für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten**

Beschluss:

Frau Abendschein stellt die Ziele der Abteilung für Chancengleichheit vor.

Weiterhin berichtet sie über die gegenwärtige Situation an den Schwangerschaftsberatungsstellen.

Beschluss zu TOP 7.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Es liegen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Vorsitzende Dahms schließt die Sitzung um 17:05 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 15. Januar 2012

Angelika Dahms
Vorsitzende

Ralph Obszanski
Schriftführer